



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am 27. September ist Bundestagswahl. Sie können mitentscheiden, welchen Weg Deutschland zukünftig gehen wird. Das Regierungsprogramm der SPD

ist getragen von der Idee einer solidarischen Gesellschaft. Eine soziale Gesellschaft, in der jeder ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten.

Integration ist für uns eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir werden die Position der Ausländerinnen und Ausländer im Erwerbsleben verbessern. Wir wollen die doppelte Staatsbürgerschaft zulassen und ein kommunales Wahlrecht für alle Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen.

Für diese Ziele stehe ich als Bundeskanzler. Mit ihrer Unterstützung und ihrer Stimme für die SPD.

Ihr Frank-Walter Steinmeier

Außerdem wollen wir:

- **Gerechte Löhne und Einkommen.** Wir wollen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. Wir werden die Tarifautonomie, den Kündigungsschutz und die Mitbestimmung schützen.
- **Mehr Geld in die Bildung investieren.** Dafür wollen wir einen „Bildungssoli“ einführen. Die Einnahmen der Erhöhung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 47 Prozent wollen wir für Bildungsinvestitionen verwenden.
- **Langfristig eine gebührenfreie Bildung** von der Kita bis zur Hochschule. Wir stehen zum kostenfreien Erststudium bis zum Master.

Weitere Informationen

Das Regierungsprogramm: www.sozial-und-demokratisch.de
Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier:
www.frankwaltersteinmeier.de
SPD im Bezirk Hessen-Süd: www.spd-hessensued.de

SPD

geschlossene
Gesellschaft

Integration

**Zukunftsfähigkeit garantieren –
und zwar für alle!**



Was wir wollen:

Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir treten dafür ein, dass Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Wir wollen die doppelte Staatsbürgerschaft, Menschen sollen sich mit dem Land ihrer Herkunft und mit Deutschland identifizieren. Die Anerkennung von Demokratie, Rechtsstaat und individuellen Freiheitsrechten für Frauen wie Männer muss dabei für jeden selbstverständlich sein.

- Eine Erleichterung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit für Menschen, die in unserem Land geboren sind oder seit langem mit uns zusammenleben.
- Attraktiver für Einwanderer werden. Dazu brauchen wir Regelungen, wie sie es in klassischen Einwanderungsländern gibt.
- Ehepartnernachzug. Wir wollen den Zuzug von ausländischen Ehepartnern erleichtern.
- Interkulturelle Erziehung an den Schulen. Dazu gehört die Einführung islamischen Religionsunterrichts – bzw. islamischer Religionskunde – unter staatlicher Kontrolle.
- Das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger. Wer seit 6 Jahren in Deutschland lebt, soll wählen dürfen.

- Eine Berufsausbildungsgarantie für alle, die älter als 20 Jahre sind und weder Berufsabschluss noch Abitur haben. Jede und jeder muss einen Schulabschluss nachholen können.
- Berufabschlüsse aus Herkunftsländern anerkennen. Unabhängig von ihrem Status sollen Zugewanderte einen Anspruch auf Anerkennung ihrer Abschlüsse bekommen.
- Einen höheren Migrantenanteil im öffentlichen Dienst.
- Eine humane Flüchtlingspolitik.
- Die Abschaffung der menschenunwürdigen Kettenduldung.



Der Kampf gegen Rechtsextremismus



Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist für uns eine Verpflichtung, die alle betrifft. Die SPD wird ihren Kampf gegen Rechts weiter ausbauen. Wir streben ein Verbot der NPD an, die den Nationalsozialismus verherrlicht.

Achtung: Das wollen die Anderen

Für die CDU/CSU ist „Gute Arbeit“ kein Thema. Sie sagt: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, die Arbeitsbedingungen sind ihr egal. Der gesetzliche Mindestlohn wird abgelehnt. CDU und FDP wollen gute Bildung nur für wenige. Sie verteidigen ein ungerechtes Schulsystem, das Kinder viel zu früh aussortiert und ihnen Chancen nimmt. Ihre Studiengebühren schrecken junge Menschen vom Studium ab. Einer politischen Beteiligung von Nicht-EU-Ausländern in ihren Städten und Gemeinden erteilt die CDU eine Absage. Die FDP will Steuerausfälle von über 80 Milliarden Euro – das ginge zu Lasten von Bildung, sozialer Sicherheit und Infrastruktur. Die Union verweigert ein erneutes Verbotsvorhaben der NPD.